Nachhilfe für das Bildungspaket

Experten fordern Korrekturen an den komplizierten Regeln

Berlin – Anfang 2012 bekam Arbeitsministerin Ursula von der Leyen von 2000 Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern eine Note für ihr Bildungspaket. 2,6 lautete die Wertung im Durchschnitt. Auch deshalb konnte von der Leyen sagen: Bei der Sozialleistung, durch die 2,5 Millionen bedürftige Kinder Anspruch auf ein Mittagessen in der Kita oder Schule, Nachhilfe oder zum Beispiel einen Zuschuss für den Sportverein oder die Musikschule erhalten, sei man „aus dem Größten raus“.

Allerdings werden bestimmte Angebote wie die Lernförderung kaum nachgefragt. Ein Jahr nach der Einführung am 1. April 2011 nahmen gerade einmal fünf Prozent der 2,5 Millionen Kinder die eingeführte Nachhilfe auf Staatskosten in Anspruch. Die Vodafone-Stiftung und die Stiftung Neue Verantwortung haben deshalb Korrekturen am Bildungspaket vorgeschlagen, um mehr schwachen Schülern den Zugang zur Nachhilfe zu erleichtern. Diese benötigten auf dem steilen Weg zum Schulabschluss „ein starkes Seil, an dem sie sich hochziehen können. Die Lernförderung ist aber nur ein Sturzhelm“, kritisiert Sebastian Gallander, Autor des Zehn-Punkte-Programms der beiden Stiftungen.

Nur fünf Prozent der Berechtigten nehmen Nachhilfe auf Staatskosten

Die 2,5 Millionen Schüler aus Hartz-IV- und Wohngeld-Haushalten sollen nur dann staatlich finanzierte Nachhilfe bekommen, wenn ihre Versetzung gefährdet ist. Gallander hält diesen Ansatz für falsch, nicht nur weil die Lernförderung für viele dann schon fast zu spät sei. Die Unterstützung greife auch zu kurz, da es sie nur so lange geben soll, bis der Schüler aus der Gefahrenzone wieder heraus ist. Bei vielen Schülern würden die Leistungen aber ohne Nachhilfe wieder zurückgehen. Dieses Auf und Ab „kann eine große psychische Belastung für den Schüler sein“, schreibt der Experte. Er fordert, die Lernförderung auch Schülern zu gewähren, „die mit ein bisschen Nachhilfe einen deutlich besseren Bildungsweg schaffen könnten“. In Nordrhein-Westfalen sei dies bereits durch einen Erlass der Landesregierung möglich.

Gallander empfiehlt den Kommunen, sich nur einen Träger für die Nachhilfe und einen Ansprechpartner für die Lernförderung zu suchen. Das senke den Verwaltungsaufwand. Eltern sollten für das Bildungspaket nur einen Antrag stellen müssen, statt mehrere Leistungen einzeln einfordern zu müssen. Der Bund müsse über 2013 hinaus die Schulsozialarbeit bezahlen. Die Sozialarbeiter seien notwendig, weil sie als Bildungspaket-Lotsen Eltern, Schüler und Lehrer „durch die unübersichtlichen Regelungen steuern“ könnten.

Das Bildungspaket stand von Anfang an in der Kritik. Weil nicht alle Eltern die Leistungen beantragen, bleibt in vielen Kommunen das vom Bund bewilligte Geld übrig. Bund und Länder streiten jetzt, ob die überschüssigen Millionen zurückgegeben werden müssen.

THOMAS ÖCHSNER